

## "Bauernsterben nach Mansholts Rezept ?" in Süddeutsche Zeitung (17. Dezember 1968)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; R Herausgeber Proebst, Hermann. 17.12.1968, Nr. 302; 24. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"bauernsterben\\_nach\\_mansholts\\_rezept\\_"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_17\\_dezember\\_1968-de-4fd70b20-7719-4200-bf0f-c66d20d9355f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 15/09/2012

## Bauernsterben nach Mansholts Rezept?

von Franz Thoma

Sie ist dahin, die Idylle des Dorfes. Nicht erst seit heute ist das so, da der für Europas Agrarpolitik zuständige Sicco Mansholt einen Plan auf den Tisch des gemeinsamen EWG-Hauses gelegt hat, den als den ihren zu bezeichnen die Brüsseler Kommission als Ganzes nicht den Mut aufbrachte. Brutal sei dieser Plan, sagen die einen, und sie fordern die Abberufung des unbequemen Mannes, der die Unruhe unter dem Landvolk nur unnötigerweise schüre. Wir meinen, Mansholt ist ehrlich, und wer ihm die ja nicht abzustreitende Unruhe ankreidet, der verwechselt Ursache und Wirkung. Die Unruhe haben nämlich jene auf dem Gewissen, die die Landwirtschaft in der *Illusion eingelullt* haben, sie könne produzieren, was und soviel sie wolle, es sei schon alles recht.

Mansholt und auch Höcherl müssen mit dieser unseligen Erbschaft fertig werden, obwohl sie sie nicht verursacht haben. Dabei wird vielfach übersehen, daß beide die gleichen Absichten verfolgen, denn auch das um die Jahresmitte neu vorgelegte und endlich logisch gewordene Programm Höcherls hat die früheren Ziele der Agrarpolitik genau umgekehrt: Nicht so viele, sondern so *wenige* Bauern wie möglich – das gilt heute, in Bonn wie in Brüssel. Höcherls Haus hat nur eines unterlassen, was ihm angekreidet wurde, was Schiller später, Bauernzorn auf sein Haupt ziehend, in einem nicht ganz so krassen Ausmaß nachgeholt hat, wie es Mansholt jetzt tut; das Ganze rechenhaft zu machen, klipp und klar Zahlen zu nennen.

Nun war solche Konfrontation mit Wirklichkeiten bei der grünen Front nie beliebt, was schon jene Agrarprofessoren fast buchstäblich am eigenen Leib erfahren mußten, die 1962 Entwicklungen für 1970 prophezeiten, die dann eingetreten sind – allerdings schon 1967/68. Mit Traktorenaufmärschen lassen sich ökonomische Tatsachen eben nicht aus der Welt schaffen. Was hat denn die herkömmliche Agrarpolitik der Nachkriegszeit erreicht? Die Überproduktion von Nahrungsmitteln, die niemand kauft – außer der Staat mit Steuergeldern! Eine subventionierte Mechanisierung, die sich oft als Fehlinvestition entpuppt, weil die teuren Apparate und Geräte, die jeder Bauer *für sich* in der Scheune hat, nur etliche Tage im Jahr genutzt sind. Natürlich gibt es auch Pluspunkte. Daß diese Agrarpolitik insgesamt aber der rechte Weg *nicht* ist, wissen die Bauern selbst viel besser, als es ihre Funktionäre wahrhaben möchten. Nicht umsonst sind bereits zehn Millionen Menschen abgewandert, ergreifen Erben von Auch-Höfen andere Berufe, wohl wissend, als hart schuftende Gütler nie hochzukommen.

Wenn Mansholt die Probleme auf- und nicht zudeckt, so ist das nur gut. Daß bis 1980 noch Millionen aus der Landwirtschaft abwandern müssen, und zwar in Italien und Frankreich mit ihrem ungleich höheren Anteil an landwirtschaftlichen Erwerbspersonen prozentual viel mehr als in der Bundesrepublik, weiß jeder Abteilungsleiter des Bundesernährungsministeriums, und ebenso weiß er, daß die Aufstockung der Betriebe zu *lebensfähigen* Größen notwendig und im übrigen auch schon längst im Gange ist. Nur: er sagt es, wie sein Minister, nicht so laut und hart. Hut ab vor Mansholt.

Die Schwächen seiner Vorstellungen übersehen wir trotzdem nicht. Sie liegen vor allem in Mansholts optimalen Betriebsgrößen. Seine Art *freiwilliger Kolchose*, in der Mansholt mehrere Bauernhöfe zu einem agrarischen Unternehmen zusammenfassen möchte, ist uns zuwider – aber das ist schließlich kein sachliches Argument. Geht indessen Mansholt nicht von der durch die Entwicklung in den USA längst überholten Vorstellung aus, die Betriebsgröße sei das alleinseligmachende Kriterium für die Lebensfähigkeit? Was der EWG-Kommissar mit seiner Agrarfabrik erreichen möchte, läßt sich einmal durch eine *scharfe Spezialisierung* der einzelnen lebensfähigen und also mindestens 20 ha großen Höfe, dann durch eine intensive Zusammenarbeit dieser spezialisierten Höfe untereinander ebenso, wenn nicht besser erreichen. Die Produktivität kann dabei sogar größer als die der Agrarfabrik sein, weil der von uns auch aus soziologischen Gründen bevorzugte selbständig bleibende Bauer vermutlich härter zupackt als der „angestellte“.

So oder so – der Kunde fällt dem Bauern nicht mehr in den Schoß, so daß zu einer vernünftigen Strukturpolitik auch eine moderne Absatzpolitik nicht bloß von der Werbung, sondern vor allem vom Produkt her kommen muß. Trotzdem läßt sich auch damit das Marktgesetz nicht aus der Welt schaffen,

wonach *die Erzeugung stärker zunimmt als der Verbrauch* – das genaue Gegenteil des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag, das älteren Generationen noch eingeimpft worden ist und mit ein ideologischer Unterbau des Bauerntums war. Deshalb muß die Landwirtschaft schrumpfen. Die Diskussion kann nur über das *Wie* gehen. Alternativen durch Strukturpolitik, moderne Bodenpacht, Landabgabenrenten und dergleichen werden den Ausleseprozeß beschleunigen – Freiwilligkeit ist auch freiwilligem Zwang vorzuziehen. Dieser Prozeß darf nicht eine Ewigkeit dauern: Er kann sich aber auch nicht von heute auf morgen vollziehen. Es ist dabei immer zu bedenken: Ein Bauer wechselt nicht seinen Beruf, sondern seine Lebensweise.